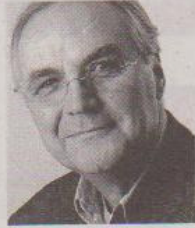


Vielleicht letzte Chance für das Parteiensystem



Skandale um Korruption und Parteienfinanzierung zwingen zu Reformen.

VON PETER RABL

Hätte Ernst Strasser seinen Tango korrupti als österreichischer Nationalratsabgeordneter getanzt, dann wäre es wohl ein politischer Skandal, aber kein Verstoß gegen das Strafrecht gewesen. Das ist aber nur eines von mehreren aktuellen Beispielen für eine völlig unzureichende Bekämpfung von Korruption und dubiosen Parteienfinanzierungen.

Angesichts der Fülle der Fälle ist eine Reform nach dem für entwickelte Demokratien üblichen Maßstab vielleicht die letzte Chance für das Parteiensystem.

Der Groll und die Ablehnung der Bürger geht nämlich schon viel tiefer, als es die nahezu täglich veröffentlichten Umfragen zur Parteienpräferenz aussagen. Dabei werden aufgeregt Verschiebungen um ein paar Prozentpunkte vermeldet und kommentiert. Die entscheidende Frage bleibt allerdings dabei regelmäßig unbeantwortet: Wie viele Wahlberechtigte tatsächlich „am kommenden Sonntag“ zur Wahl gingen.

Wie groß die Distanz des Volkes zu seinen politischen Vertretern ist, belegt eine neue Umfrage des Klagenfurter Humaninstituts. 62 Prozent der Befragten halten die Politiker „für Korruption besonders empfänglich“, 53 Prozent glauben, dass ein Fall Strasser „öfter vorkommt“, zu mehr als zwei Drittel sehen die Befragten die Gründe dafür als Folge mangelnder Kontrolle oder allgemein als Ausfluss des politischen Systems.

Saubere Hände Selbstverständlich wissen auch Parteien und Politiker um ihr miserables Image. Und theoretisch stimmen sie wohl der jüngsten Forderung von Bundespräsident Fischer nach der Rückkehr (?) zu „Sauberekeit und sauberen Händen“ zu. Die seit Langem mit einer Skandalserie von Grasser & Co. bis Strasser belastete ÖVP forderte in einer Deklaration ihres Parlamentsklubs die ganze Latte von Strafen für korrupte Politiker bis zur Offenlegung der Parteifinanzien.

Für strengere, auch strafrechtliche Regeln gegen Korruption von Mandataren – bei der letzten einschlägigen Gesetzesnovelle vom Parlament noch strikt abgelehnt – hat nun Justizministerin Bandion-Ortner beste Chancen. Ob sie ihre vollmundige Selbstbeschreibung als „Speerspitze“ bei der Korruptionsbekämpfung wahr machen kann, wird sich aber erst erweisen müssen.

Etlliches ist da für sie im ureigenen Bereich der Justiz zu tun, die mit endlosen staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen und unbegreiflichen Verfahrenseinstellungen viel zu oft Teil des Problems statt der Lösung ist.

Die Kernfrage ist freilich nicht Sache des Justizministeriums, sondern des Kanzleramtes: die radikale Reform der Parteienfinanzierung.

Kein vergleichbarer Staat stopft seinen Parteien auch nur annähernd so viel öffentliches Geld hinein. Kein demokratisches System regelt die übrige Finanzierung der Parteien so absolut intransparent und kontrollfrei.

Persönliche Korruptierbarkeit von Politikern ist ein internationales Übel. Extrem dubiose Parteienfinanzierung ist eine österreichische Spezialität. Und zugleich der eigentliche Sumpf, in dem das ganze System steckt.